

Attac Österreich
Margaretenstraße 166
1050 Wien
Fon +43.1.5440010
Fax +43.1.5440059
Web attac.at
Email infos@attac.at

Wie die EU-Krisenpolitik unsere Demokratie gefährdet

Die EU-Krisenpolitik ist ein massiver Angriff auf soziale Rechte in Europa. Der Abbau von Sozialstaat und von ArbeitnehmerInnenrechten, Lohn- und Pensionskürzungen oder Privatisierungen (zum Beispiel von Wasser) sind für viele Menschen bereits sichtbar oder spürbar. Um diese Angriffe durchsetzen zu können wird auf europäischer und nationaler Ebene auch immer öfter die Demokratie ausgehebelt.

Unter dem Druck von Finanzmärkten, Ratingagenturen und Kapitalinteressen verpflichten sich insbesondere die Eurozonen-Länder ihre Wirtschaftspolitik zu vereinheitlichen und zu zentralisieren. Durch neue Verträge werden weite Teile der Wirtschafts- und Budgetpolitik an nicht gewählte EU-BürokratInnen und den Rat der Finanzminister übertragen.

Für besonders hoch verschuldete Länder ist der „Demokratieentzug“ noch gravierender: Sie werden von der Troika - bestehend aus dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Europäischen Zentralbank (EZB) und der EU-Kommission (EK) - strikt überwacht. Die Troika fordert dabei den Abbau von Arbeitsrechten und sozialstaatlichen Leistungen, Lohnkürzungen und Privatisierungen.

Demokratieabbau durch EU-Krisenpolitik

Das öffentliche Budget eines Landes ist der Kern konkreter Politik. Wer welche Steuern zahlt und wofür diese Steuereinnahmen ausgegeben werden (ob für Bildung, Gesundheit, öffentliche Verkehrsmittel oder den Bau von Autobahnen), darin spiegelt sich, welche Interessen in einer Gesellschaft mehr oder weniger Gehör finden.

Während nationale Regierungen Budgets bisher ihren Parlamenten vorgelegt haben, entscheidet mittlerweile die EK immer aktiver mit. Dazu zählen Schuldenbremsen, die Kontrolle der Budgets bzw. der Budgetplanung und saftige Strafzahlungen bei Nicht-Einhaltung der Vorgaben:

Das „Europäische Semester“ – EK und Rat bewilligen die Budget- und Wirtschaftspolitik

Durch die Einführung des „Europäischen Semesters“ wurde die nationale Budget- und Wirtschaftspolitik grundlegend verändert. Jeweils im 1. Halbjahr haben die Mitgliedsstaaten ihre Budget- und Reformprogramme der EK vorzulegen. Diese gibt dann Empfehlungen ab, die vom Rat Wirtschaft und Finanzen – nach Zustimmung des Europäischen Rates – angenommen werden. Die Empfehlungen werden von der EU-Bürokratie (also den BeamtInnen der EK) erarbeitet. Gerade hier arbeiten viele Ökonominnen, die Budgets aus einer „neoklassischen“ Perspektive analysieren, das heißt, sie setzen einseitig auf Ausgabenkürzungen.

Für Länder im Defizitverfahren (wie zum Beispiel auch Österreich) kann die EK die Budgetprogramme ablehnen und eine Neuvorlage nach ihren Vorstellungen fordern.

Bei Nichtberücksichtigung drohen Strafzahlungen. Nur noch Länder ohne Defizitverfahren (derzeit lediglich sieben EU-Länder) haben noch ein wenig mehr Spielraum. Kurz: Die Mitgliedstaaten erhalten detaillierte Vorgaben für ihre Budgetpolitik, die sie im Herbst umzusetzen haben.

All das geschieht ohne Einbindung der nationalen oder des europäischen Parlaments und noch bevor die nationalen Parlamente die Budgetpläne gesehen oder debattiert haben. Sie können die Vorgaben der EK nur im Rahmen der vorgegebenen Defizitgrenzen verändern. Nationale Abgeordnete, denen vor der Verfassung die Hoheit über das Budget zusteht, werden so zu Statisten degradiert. Selbst wechselnde politische Mehrheiten könnten einen Kurswechsel in der Budget- und Wirtschaftspolitik nicht mehr umsetzen. Würde eine gewählte parlamentarische Mehrheit sich entschließen Zukunftsinvestitionen zu tätigen um die Wirtschaft anzukurbeln und dafür kurzfristig eine höhere Verschuldung in Kauf zu nehmen, wäre dies kaum mehr möglich: Weitere Verfahren und finanzielle Sanktionen wären die Folge.

Es kommt noch schlimmer: Der Wettbewerbspakt

All das ist den handelnden AkteurInnen noch nicht genug. Sogenannte „bilaterale Verträge für die Wettbewerbsfähigkeit“ (Wettbewerbspakte) mit der EU sollen ab Juni 2013 zur verbindlichen Umsetzung der EU Vorgaben verpflichten. Dabei sollen auch jene Länder, die nicht auf EU Hilfgelder angewiesen sind, in ihrer Autonomie drastisch beschnitten werden. Der Empfehlungskatalog der EK für Griechenland, Spanien oder Portugal verdeutlicht die mögliche wirtschaftliche und sozialpolitische Richtung dieser Vorschläge:

- Anhebung des Pensionsalters
- Einführung der Sechs-Tage-Woche
- Kürzen von Löhnen im öffentlichen Sektor
- 13-Stunden-Arbeitstag
- Privatisierung von öffentlichen Dienstleitungen (unter anderem Wasser, Gesundheit...)
- Anhebung der Mehrwertsteuer

Demokratieabbau durch Technokraten-Regierungen

Das von den Medien gezeichnete Bild in Krisenländern wie Italien oder Griechenland ist nicht selten chaotisch: Demonstrationen, gewaltsame Zusammenstöße und bröckelnde alte Mehrheiten in den Parlamenten. Die Einsetzung von sogenannten „Technokraten-Regierungen“ wird vor diesem Hintergrund oft als positiv beschrieben. Das ist jedoch höchst problematisch:

Einerseits wurden die Menschen in Griechenland und Italien für einen gewisse Zeitspanne ihres Rechtes beraubt selbst über die Regierung in ihrem Land zu entscheiden. Andererseits suggeriert der Begriff „Technokraten-Regierung“, diese würde quasi neutral und im Interesse aller arbeiten. Doch Politik und Demokratie drehen sich immer um die Frage, wessen Interessen mehr oder weniger Gehör finden – im Falle der „Technokraten“ in Italien und Griechenland waren dies eindeutig die Interessen der Vermögenden und Banken.

Medien sowie politische und wirtschaftliche Eliten außerhalb dieser Länder haben die Wahlen stark beeinflusst. Im Vorfeld der Wahlen in Griechenland wurde die linke Parteibewegung Syriza als gefährlich, linksextrem und populistisch beschrieben. EU-StaatschefInnen richteten den GriechInnen sogar via Medien aus, wen sie zu wählen hätten.

Die Berichterstattung nach den Wahlen in Italien war nicht besser. Die Fünf Sterne Bewegung von Beppe Grillo wurde als programmlose Protestbewegung, die gegen alles ist und von einem Clown angeführt wird, abgetan. Der SPD Kanzlerkandidat meinte, das Wahlmotiv der Grillo-Wähler sei sicher nicht die Ablehnung des drastischen Kürzungskurses.

Demokratieabbau auf EU-Ebene

Die bestehenden EU-Institutionen und Entscheidungsabläufe sind meilenweit von den demokratischen Standards auf nationaler Ebene entfernt. Dieses Demokratiedefizit wird nun drastisch vertieft.

Die ohnehin schwachen demokratischen Strukturen und Abläufe auf EU-Ebene wurden mit den verschiedenen EU-Krisenmaßnahmen noch weiter geschwächt: Der Fiskalpakt verpflichtet die Mitgliedsstaaten ihre öffentlichen Schulden vor allem durch Ausgabenkürzungen in einem vorgegebenen Pfad zu senken. Er wurde von ER und EK ohne jegliche Beteiligung des EP verhandelt und von den 25 EU-Regierungen als völkerrechtlicher Vertrag außerhalb der EU-Verträge verhandelt. Die Ratifizierung erfolgte folglich lediglich von nationalen Parlamenten.

Die EK bzw. der Europäischen Gerichtshof (EuGH) überprüfen beim Fiskalpakt die Budgetvorschläge. Die EK gibt Vorschläge zum Budget ab, der EuGH sanktioniert etwaige Abweichungen. Das EP als gewählte Vertretung der BürgerInnen wird dabei zu keinem Zeitpunkt eingebunden.

Der Einfluss von nicht gewählten Institutionen und Personen auf die Wirtschafts- und Budgetpolitik der Mitgliedsstaaten wächst. Wenn man sich die Empfeh-

lungen der EK im Hinblick auf die Budgetsanierungen ansieht, wird klar, welche Gruppen das sind:

- Die Senkung von Löhnen oder die Wiedereinführung einer Sechs-Tage-Woche stammen mit Sicherheit nicht aus der Feder von Organisationen, die die Interessen von ArbeitnehmerInnen vertreten – sondern von Unternehmen.
- Die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungssektoren ist seit langem ein Ziel all jener Konzerne, die mit der Wasser- oder Gesundheitsversorgung oder mit Bildung Profite erwirtschaften wollen.

Demokratieabbau durch intransparente und beschleunigte politische Prozesse

Demokratie braucht Zeit für Diskussion und Auseinandersetzung. Je schneller Beschlüsse gefasst werden, je weniger Menschen eingebunden sind, je weniger Kritik und Vorschläge Gehör finden, desto undemokratischer werden Entscheidungen. Einzelne einflussreiche Gruppen gewinnen an Macht – und genau das geschieht in der EU-Krisenpolitik: Die Vorschläge für die nächsten Schritte werden in kleinen, intransparenten Kreisen erarbeitet. Tiefgreifende Maßnahmen werden den EntscheidungsträgerInnen nur kurz zur Diskussion vorgelegt und so wird Druck für rasche Entscheidungen erzeugt.

Der Fiskalpakt ist hier ein gutes Beispiel. Beim EU-Rat im Dezember 2011 wurde von 25 RegierungschefInnen beschlossen den Fiskalpakt auszuarbeiten - ohne dass vorher eine Diskussion darüber stattgefunden hätte. Den Vorschlag in den Mitgliedsstaaten zu diskutieren war nicht möglich. Die meisten nationalen Abgeordneten hatten keine Ahnung von diesem heiklen Vorhaben. Schon kurz darauf lag der fertige Vertragsentwurf vor und wurde abseits der Öffentlichkeit in Rekordtempo ausverhandelt. Bereits Ende Jänner stimmten alle RegierungschefInnen außer Großbritannien und Tschechien dem Vertrag zu. Erst danach sickerten langsam die beschlossenen Inhalte und deren Reichweite durch. Auch eine breite nationale Diskussion im Vorfeld der parlamentarischen Abstimmungen fand nicht statt.

Demokratieabbau durch das Herrenhaus Europa

Nicht nur demokratisch nicht legitimierte Technokraten gewinnen an Macht sondern nahezu ausschließlich von Männern dominierte Gruppen. Auch wenn in den nationalen Parlamenten Frauen und Männern nicht gleich vertreten sind, so haben Frauen dort über die letzten

Jahrzehnte doch bedeutend an Terrain gewinnen können. Dies geht mit den neuen EU-Regeln auf einen Schlag verloren. Sowohl in der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen, die in der EK an Macht gewann, als auch in der Eurogruppe und der EZB entscheiden praktisch ausschließlich Männer. Die wichtigen budget- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen werden einem „Herrenhaus Europa“ übertragen. Jahrzehntelange Kämpfe um Gleichberechtigung in politischen Entscheidungsprozessen werden zunichte gemacht.

Nicht nur diese männliche Vorherrschaft ist problematisch. Diese Gremien werden von männlich geprägten Werten und wirtschafts- und budgetpolitischen Prioritäten dominiert. Zu erwarten sind daher weitere substantielle Rückschritte in Sachen Gleichstellung.

Demokratieabbau durch konzentrierte private und wirtschaftliche Macht

Demokratieabbau findet nicht nur bei und in repräsentativ-demokratischen Institutionen statt. Auch die immer größer werdende Konzentration von wirtschaftlicher und privater Macht wirkt sich auf demokratische Prozesse und Institutionen aus. Der Wechsel von Personen von der EK in

Unternehmen oder von Banken in die EZB und umgekehrt gehört zum Alltag. Der Einfluss von großen Konzernen auf politische Entscheidungen wächst stetig. Abgeordnete stehen oft auf Gehaltszetteln von Konzernen oder sitzen in deren Aufsichtsräten. Und immer wieder werden Fälle aufgedeckt, wo sich Abgeordnete auch ihr Abstimmungsverhalten bezahlen lassen. Der Kampf gegen Demokratieabbau muss daher auch die geballte wirtschaftliche und politische Macht der Konzerne brechen.

Gegenstrategien

Nur eine breite Bewegung hat es über Jahrzehnte hinweg geschafft Demokratie und soziale Rechte zu erkämpfen. Wir müssen dem Angriff auf diese Errungenschaften gemeinsam und auf mehreren Ebenen begegnen.

Wer nichts weiß, kann auch nichts tun. Bildungs- und Bewusstseinsarbeit

Viele Menschen wissen nicht, was gegenwärtig passiert. Daher müssen wir in einem ersten Schritt Menschen dafür interessieren, Bewusstsein schaffen und informieren.

Nein zum Pakt für Wettbewerbsfähigkeit

Der Fiskalpakt kann in Österreich nur mehr durch eine (bereits eingebrachte) Verfassungsklage bekämpft werden. Der Pakt für Wettbewerbsfähigkeit hingegen ist noch nicht beschlossen. Attac organisiert gemeinsam mit anderen Organisationen und engagierten Einzelpersonen den Widerstand dagegen.

Kämpfe für mehr Lohn, gegen Privatisierung und für alternative Wirtschaftsformen

Auch in Österreich nehmen die Kämpfe gegen den Sozialabbau zu, ebenso das Engagement für alternative Wirtschaftsformen. All diese Kämpfe sind letztlich auch Kämpfe für Demokratie. Nur wer genügend Einkommen hat um seine Grundbedürfnisse zu befriedigen, kann sich aktiv an der Gesellschaft beteiligen. Auch öffentliche Güter und Dienstleistungen sind Ausdruck von Demokratie: Nur solange etwa Wasser oder Bildung nicht privatisiert und der Markt- und Profitlogik unterworfen sind entscheidet nicht alleine das Einkommen, ob jemand Zugang dazu hat.

Widerstand europaweit koordinieren

Widerstand gegen europäische Vorhaben wie den Pakt für Wettbewerbsfähigkeit kann nur dann erfolgreich sein, wenn wir ihn europaweit organisieren. Breite und machtvolle Allianzen sind dafür nötig. Auch wenn der Reichtum in den Händen von immer weniger Menschen liegt - letztlich sind wir die vielen, die diesen erzeugen. Das gilt es wieder in unser Bewusstsein zu rufen.

Für direkte Demokratie kämpfen

Um der Konzentration von ökonomischer Macht und ihrer Verquickung mit den politischen Eliten zu begegnen ist mehr direkte Demokratie nötig. Auch in Island wollte die damalige Regierung der Bevölkerung die Spekulationskosten der beiden isländischen Banken aufbürden.

Die Menschen haben für eine Abstimmung darüber gekämpft und schließlich mit Erfolg gegen diesen Vorschlag gestimmt.

Ein neuer – demokratisch erarbeiteter – Vertrag für Europa

Wenn wir ein demokratisches Europa der BürgerInnen schaffen wollen, müssen wir uns auch für einen neuen Vertrag für Europa einsetzen.

Der isländische Weg zeigt wie ein Vertrag erarbeitet werden kann, der sicherstellt, dass nicht die herrschenden Eliten ihre Interessen durchsetzen. Dort haben die BürgerInnen gemeinsam mit ExpertInnen einen neuen Verfassungsentwurf erarbeitet.

⇒ **Ein Europa mit demokratischer Mitbestimmung!**

⇒ **Aktiv werden für ein solidarisches und demokratisches Europa!**

⇒ **Mehr Informationen unter: www.unsereuropa.at**

Globalisierung braucht Gestaltung. Attac braucht Ihre Unterstützung.

PSK Kto-Nr. 92.145.148,
BLZ 60000
IBAN AT576000000092145148
BIC OPSKATWW